



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Miriam Locher, SP: Obligatorische Frühförderung, Deutschunterricht im Vorschulalter**

Autor/in: [Miriam Locher](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 12. Juni 2014

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

In den letzten Wochen konnte man sich in den Medien vielerorts über die guten Ergebnisse und Erfahrungen Baselstadts mit dem obligatorischen Deutschunterricht im Vorschul-, also Spielgruppenalter, informieren.

In Baselstadt ist es seit 2013 obligatorisch und gesetzlich verankert, dass Kinder, welche zu Hause keine Möglichkeit haben die lokale Sprache zu lernen, spätestens im Jahr vor dem Kindergarteneintritt in einer ausserfamiliären Institution an zwei Halbtagen mit dem Deutsch lernen beginnen müssen. Somit erwerben die Kinder bereits vor dem Kindergarteneintritt die wichtigsten Grundlagen der deutschen Sprache und werden dem schulischen Unterricht später leichter folgen können.

Bereits 2008 hat die sozialdemokratische Fraktion im Landrat eine Motion zum Thema "Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung" eingereicht, welche am 24. September 2009 als Postulat überwiesen wurde. Heute ist dieses Thema noch aktueller als vor 5 Jahren. Auch weitere Vorstösse zu ähnlichen Themen sind hängig.

Mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung wurde der Kindergarten auch in Baselland zur ersten Schulstufe. Es ist eine bekannte Problematik, dass Kinder, welche vor dem Kindergarten nicht mit der deutschen Sprache in Berührung kommen, diesen Rückstand bis zum Eintritt in die Unterstufe nicht mehr aufholen können und somit auch in der Unter- und Mittelstufe noch auf DAZ-Unterricht (Deutsch als Zweitsprache) angewiesen sind. Die frühe Sprachförderung wäre ein wichtiger Schlüssel zur Verbesserung der Chancengleichheit und zur Integration. Einzelne Basellandschaftliche Gemeinden führen bereits erfolgreich solche Projekte durch.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. In wie weit hat die Regierung detaillierte Kenntnis über die Studienergebnisse des Baseltädtischen Projektes und der Projekte einzelner Baselbieter Gemeinden und wie sieht die Haltung der Regierung gegenüber diesen Projekten und zu einem allfälligen Obligatorium aus?
2. Wie weit ist Baselland in der Planung zur Verbesserung der Integration von Kindern mit einem fremdsprachigen Hintergrund schon vor dem Schul-/ Kindergarteneintritt?
3. Kann sich die Regierung die Durchführung eines ähnlichen Projektes in Baselland auf flächendeckender Ebene vorstellen oder ist eventuell schon ein Projekt in diese Richtung geplant?